WP-01-K3-862

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 861 bis 864:
sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und verlässlichen Rahmenbedingungen. ~~Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine Plattform, die länderübergreifend die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote zusammenführt und zugänglich macht.~~Bedrohung, Beleidigung, Verhetzungen und Desinformation in den sozialen Netzwerken bleiben ein großes Problem. Die jüngsten Ankündigungen der Plattformbetreiber, Moderation einschränken und Faktchecking zumindest in den USA beenden zu wollen, sind mit den Vorgaben des Digital Services Act (DSA) der EU nicht vereinbar. Wir werden die rechtsstaatliche Regulierung der Plattformen zum Schutz von Betroffenen sowie der Meinungs- und Informationsfreiheit weiter vorantreiben. Zugleich erneuern wir unsere Forderung nach Prüfung der Schaffung europäischen Medienplattform in öffentlicher Trägerschaft als Alternative zu bestehenden kommerziellen Angeboten.

weitere Antragsteller*innen

Malte Spitz (KV Unna); Tabea Rößner (KV Mainz); Stefan Göhlert (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Jörn Pohl (KV Kiel); Liliana Marie Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Arven Herr (KV Göttingen); Merle Spellerberg (KV Dresden); Kai Gehring (KV Essen); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Canan Bayram (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Verena Kölsch (KV Rhein-Sieg); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow); Carsten Thomas Schmela (KV Hamburg-Eimsbüttel); Tobias Bacherle (KV Böblingen); Frerk Meyer (KV Harburg-Land); Clemens Rostock (KV Oberhavel); sowie 89 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.